

Bern



Misstritte verboten

Wandern ist die tödlichste Sportart
- weil viele falsch gehen. 25

Velo-Coup im Stadtrat gescheitert

SP und Grünes Bündnis (GB) wollten das Geld zur Umsetzung der Velo-Offensive unter Umgehung des Gesamtgemeinderates verdoppeln. Mitte-rechts vermutet Gemeinderätin Ursula Wyss (SP) hinter dem Antrag.

Bernhard Ott

Gegen die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs hatte diese Woche fast niemand etwas einzuwenden im Berner Stadtrat. Aber die Art und Weise, wie die rot-grüne Mehrheit der Planungskommission die jährlichen Beträge von 1,25 auf 2,25 Millionen Franken aufstocken wollte, stiess vielen sauer auf.

«Zu keiner Gelegenheit hat Gemeinderätin Ursula Wyss (SP) gesagt, dass die

«Wieso hätte die Direktion manipulieren sollen?»

David Stampfli (SP), Planungskommission

im Reglement vorgesehenen Gelder nicht ausreichen», sagt GFL-Sprecher Patrik Wyss. Erst bei der zweiten Lesung des Reglements in der Kommission und schliesslich im Stadtrat wurde die Kreditaufstockung zum Thema.

«Trickli» und «Spielchen»?

Dies geht zurück auf den Besuch einer Delegation der Planungskommission in der Verkehrsdirektion. Dabei wurde der Mehrbedarf erstmals artikuliert. «Dass man innerhalb so kurzer Zeit feststellt, dass die Mittel um eine Million Franken erhöht werden müssen, ist gravierend», sagt GFL-Politiker Wyss. Die GFL/EVP-Fraktion habe den Krediten für die Veloförderung stets zugestimmt und sei bereit, einen solchen Antrag «wohlwollend» zu prüfen. Aber dieser müsste auf dem ordentlichen Weg durch den Gesamtgemeinderat eingebracht werden, sagt Patrik Wyss.

Die GFL/EVP-Fraktion monierte in der Debatte zudem, dass der Stadtrat die Kreditaufstockung aufgrund einer dünnen Entscheidungsgrundlage hätte durchwinken müssen. Nebst dem Antrag der Planungskommission lag dem Parlament einzig ein Schreiben der Verkehrsdirektion an die Fraktionspräsidenten vor, das zwei Tage vor der Debatte verschickt worden ist. Die Direktion habe der Kommissionsdelegation dargelegt, dass eine «nachhaltige Förderung» des Fuss- und Veloverkehrs zusätzliche Mittel von einer Million Franken erfordern würde, schreibt Gemeinderätin Wyss. Und fügt eine Liste von sechs Massnahmenbereichen an - wie zum Beispiel den Ausbau des Angebots an Veloabstellplätzen oder die Durchführung von Bevölkerungsumfragen als «qualita-



Bereits bezahlt: Die neue Veloroute am Berner Nordring. Foto: Valérie Chételat

Erstaunen bei den Gemeinderatskollegen

Das Begehren um Aufstockung der Beiträge für den Fuss- und Veloverkehr sei «weder schriftlich noch mündlich im Gemeinderat eingebracht worden», sagt Finanzdirektor Alexandre Schmidt (FDP). Von den Beratungen der Planungskommission habe er erst durch das Schreiben der Verkehrsdirektion von Kollegin Ursula Wyss (SP) an die Fraktionspräsidenten erfahren. Auch als Finanzdirektor sei er nicht darauf aufmerksam gemacht worden. «Meine Finanzspezialisten haben die Angaben im Brief nie nachprüfen können», sagt Schmidt. Der Gemeinderat

wolle eigentlich erst 2017 eine Zwischenbilanz der Velo-Offensive ziehen. «Die nächste Gemeinderatssitzung wird etwas länger dauern», sagt Schmidt.

Der Brief von Gemeinderätin Ursula Wyss an die Fraktionspräsidenten des Stadtrats sei «aussergewöhnlich» und «schwierig» für die Kollegialität im Gemeinderat, sagt Sicherheitsdirektor Reto Nause (CVP). «Was wäre wohl geschehen, wenn ich bei einem Kommissionsbesuch eine Erhöhung des Polizeibudgets um eine Million Franken beantragt hätte?», fragt Nause. (bob)

tive Ergänzung» zur Zielüberprüfung der Velo-Offensive. Für GFL-Politiker Wyss ist die Liste eine «zufällige Zusammenstellung» von Massnahmen. Gemeinderätin Wyss zeige zudem nicht auf, wie sie zu dieser Neueinschätzung der erforderlichen Mittel gekommen sei. Kritisiert wurde dieses Vorgehen auch von GLP-Sprecherin Melanie Mettler. Sie vermutet, dass mit «Trickli» und «Spielchen» grosse Beträge in die Spezialfinanzierung «gespült» werden sollten. Das «Manipuliertheater» zwischen Gemeinderat, Verwaltung und Parlament sei aber weniger wichtig als das Ziel der Velo-Offensive, sagt Mettler. Deshalb stimmte die GLP der Aufstockung zu. Die Ablehnung des Antrags im Verhältnis von 34 zu 29 kam dank der GFL/EVP-Fraktion zustande.

«Überwältigt vom Zuspruch»

Kommissionsmitglied David Stampfli (SP) kann die Aufregung nicht verstehen. Die Aufstockung sei ein Antrag der Kommission und nicht der Direktion Wyss. «Wieso hätte die Direktion manipulieren sollen?», fragt er rhetorisch. Der Gesamtgemeinderat hätte der Erhöhung des Betrags ohnehin zugestimmt. Das Pochen der Kritiker auf den Dienstweg sei eine Ausrede. Dieser sei eingehalten worden, da die Kommission solche Anträge stellen dürfe. «Es geht doch letztlich um die Velo-Offensive», sagt der Präsident von Pro Velo Bern. Auch Verkehrsdirektorin Ursula Wyss (SP) betont, dass der Antrag zur Aufstockung von der Kommission und nicht von der Direktion stamme. Bei der Beratung des Reglements im Gemeinderat im Verlauf des letzten Jahres habe sich die Dynamik der Velo-Offensive eben noch nicht abgezeichnet. «Wir sind überwältigt vom Zuspruch, den sie nun erfährt.» Sie habe im Stadtrat zwar die Haltung des Gemeinderates vertreten. «Aber der Antrag der Planungskommission scheint mir plausibel zu sein.» Wenn es bei den 1,25 Millionen Franken Förderbeitrag pro Jahr bleibe, «können wir die bisher geplanten Projekte nicht mit Tempo umsetzen». Die genaue Höhe des Mehrbedarfs werde bis Ende Jahr aufgearbeitet. Entsprechend werde sie Antrag stellen. Angesichts der Dynamik sei die Planung des langfristigen Bedarfs schwierig.

Ein Entscheid des Gesamtgemeinderates sei nie zur Diskussion gestanden, «da ich mich immer aus der Optik der Fachdirektion geäussert habe», sagt Wyss. Nach Angaben der Stadtkanzlei hätte der Einbezug der Kollegen aber durchaus zur Diskussion stehen können. Es sei jeweils am zuständigen Gemeinderatsmitglied, sich nach der Kommissionsitzung «bei Bedarf mit dem Gesamtgemeinderat abzusprechen», hält Stadtschreiber Jürg Wichteremann fest. Zwingend sei das aber nicht.

Kommentar

Bernhard Ott

Unschönes Vorgehen

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Der Antrag der Planungskommission zur Verdoppelung der jährlichen Beiträge an die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs wird wohl von Verkehrsdirektorin Ursula Wyss (SP) bei Kommissionsmitglied David Stampfli (SP) «bestellt» worden sein. Sie konnte sich dabei darauf verlassen, dass die rot-grünen Mehrheiten in Kommission und Parlament die zusätzliche Million ohne Aufheben «durchwinken» werden. Das hätte der Verkehrsdirektorin den Umweg über den Gesamtgemeinderat erspart. Für einmal ist es jedoch anders gekommen und der Antrag wurde überraschend abgelehnt. Das «Kippen» der Fraktion GFL/EVP und die Absenzen in der SP-Fraktion dürften zu diesem Zufallsergebnis beigetragen haben. Dank diesem «Betriebsunfall» im sonst eingespielten Machtgefüge von Rot-Grün-Mitte (RGM) kann die Öffentlichkeit überhaupt zur Kenntnis nehmen, wie die Verkehrsdirektorin in diesem Geschäft vorgegangen ist.

Ursula Wyss (SP) hat bisher eine beinahe makellose Figur im Wahlkampf abgegeben. Die Topfavoritin für die Nachfolge von Stadtpräsident Alexander Tschäppät (SP) überlässt nichts dem Zufall und hat ihre Direktion eisern im Griff. Umso unwahrscheinlicher ist es daher, dass die plötzliche Erhöhung der Kosten für die Velo-Offensive aufgrund eines «Riesenschütturms in der Direktion» zustande gekommen sein soll, wie die Sprecherin der Grünliberalen in der Ratsdebatte vermutet hatte. Wyss wollte mit der Umgehung des Gesamtgemeinderates vielmehr Zeit einsparen, um möglichst rasch weitere Ergebnisse bei der Umsetzung der Velo-Offensive vorlegen zu können.

Das ist alles legitim und so weit in Ordnung. Auch ist die Velo-Offensive angesichts des steigenden Verkehrsaufkommens eine gute Sache. Darum geht es aber gar nicht, auch wenn Exponenten von SP und GB das behaupten. Es geht vielmehr darum, dass sich eine Gemeinderätin und potenzielle Stadtpräsidentin auch bei soliden Mehrheiten und entsprechenden Versuchen zu «abgekürzten Verfahren» an die Spielregeln halten sollte. Dass sie das im vorliegenden Fall nicht getan hat, ist kein Weltuntergang. Schliesslich wäre die Million sowieso irgendwann genehmigt worden. Aber es ist unschön. Und das fällt auf bei einer Politikerin, die bisher eine beinahe makellose Weste aufwies.

Zur Direktaufnahme von Flüchtlingen fehlt den Gemeinden die nötige Autonomie

Die Stadt Bern möchte mehr Flüchtlinge aufnehmen. Ob dies gelingt, ist fraglich. Denn die Stadt Zürich versucht dasselbe bereits seit einem Jahr. Mit mässigem Erfolg.

Simon Gsteiger

«Das Asylwesen ist eine Bundesangelegenheit, und das ganze Vorhaben ist viel zu komplex.» Mit dieser Aussage begründete BDP-Stadtrat Philip Kohli, warum er es ablehnt, dass die Stadt zu dem vom Kanton fest zugewiesenen Flüchtlingen weitere 350 Personen aufnehmen soll («Bund» von gestern). Er konnte sich zwar nicht gegen seine Amtskollegen durchsetzen: Der Gemeinderat hat nun zu prüfen, wie und ob dies rechtlich möglich ist.

Kohli hat aber nicht unrecht. Die Sache ist eine Bundesangelegenheit, und das Vorhaben ist nicht ganz einfach: Die Anzahl Asylsuchende, für die eine Gemeinde zu sorgen hat, hängt vom Verteilungssystem der jeweiligen Kantone ab - diesen werden wiederum vom Bund Flüchtlinge zugewiesen. Die einzelne Gemeinde kann sich weder die Personen noch deren Anzahl aussuchen. Die zuständige Gemeinderätin Franziska Teuscher (GB) will daher den Hebel andernorts ansetzen: bei den Kontingentflüchtlingen.

«Den Bund ermutigen»

Kontingentflüchtlinge sind Personen, die gemäss UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) als «besonders verletzlich» gelten, so etwa Kranke oder Betagte. Der Bund nimmt seit 2013 im Rahmen dieses sogenannten Resettlement-Programms versuchsshalber Gruppen solcher Kontingentflüchtlinge auf. Diese

durchlaufen nicht das herkömmliche Verfahren, sondern erhalten aufgrund ihres Status direkt Asyl.

Der Gemeinderat blickt derzeit nach Zürich: Man werde «in absehbarer Zeit» mit den dortigen Kollegen Kontakt aufnehmen, heisst es auf Anfrage. In Zürich nämlich hat das Stadtparlament im September letzten Jahres unter der Führung der SP Ähnliches angeregt: «1000 Flüchtlinge mehr», lautete die Forderung. Seither ist allerdings nicht viel passiert: «Wir konnten in den vergangenen Monaten einige Familien aufnehmen», sagt Michael Rüegg, Sprecher des Sozialdepartements in Zürich. Dies auch, weil die Stadt aufgrund von Anpassungen des Verteilschlüssels Anfang Jahr 800 zusätzliche reguläre Asylsuchende unterbringen musste. «Das hat uns stark gefordert», so Rüegg. Der Entscheid der Berner sei aber erfreulich. «Es geht auch darum, den Bund zu er-

mutigen, weitere Resettlement-Programme in Angriff zu nehmen.» Zudem sende man damit ein Signal an diejenigen Kantone und Orte, die sich gegen die Aufnahme weiterer Personen wehren.

Bereitschaft ist «begrüssenswert»

Beim Staatssekretariat für Migration (SEM) hat man diese Anliegen zur Kenntnis genommen. «Es gibt Städte und Gemeinden, die klar Bereitschaft signalisieren, in Anbetracht der aktuellen Flüchtlingssituation mehr Personen aufzunehmen, als sie müssten», heisst es auf Anfrage. Diese Bereitschaft sei angesichts der aktuellen Lage im Asylbereich sehr begrüssenswert: «Sie trägt dazu bei, den Bund und die Kantone im Asylbereich zu unterstützen.» Da aber auch das Resettlement über den Bund läuft, können Gemeinden nicht selber mit dem UNHCR zusammenarbeiten - «Di-

rektaufnahmen», wie sie etwa das Berner Postulat fordert, sind folglich nicht möglich. Beim SEM räumt man aber ein: «Wenn eine Gemeinde zusätzliche Asylsuchende oder Flüchtlinge aufnehmen möchte, kann sie dies ihrem Kanton signalisieren.» Der entsprechende Kanton und der Bund bezögen zu solchen Anliegen zu gegebener Zeit Stellung.

Wie setzt man die Ideen um?

Das Schweizerische Rote Kreuz (SRK) findet den Ansatz von Bern und Zürich «sehr interessant, insbesondere aus humanitärer Sicht», sagt Hugo Köppel, Leiter der Abteilung Integration und Rückkehr. «Solche Diskussionen müssen geführt werden.» Wie diese Ideen rechtlich und politisch umgesetzt werden können, müsse gut abgeklärt werden. «Wichtig sind daher die Planung und die Koordination mit allen involvierten Parteien», so Köppel.